

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 32

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 5000.— Mit ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 5. August 1923

Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Breitenstr. 8/9 IV. Fernruf: Zentrum 272. Anzeigen werden nicht aufgenommen.

39. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. **Erhöhte Beitragsleistung.** Auf Grund der eingetretenen weiteren Lohnsteigerungen muß fogleich eine entsprechend erhöhte Beitragsleistung der Mitglieder einsehen.

Den in Nr. 30 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Beitragsfähen für die 101. bis 110. Beitragsklasse fügen wir nachstehend solche für weitere 20 Beitragsklassen an.

Danach beträgt der wöchentliche Beitrag:		
in der Beitragskl.	Bei einem Stundenlohn über	Beitrag pro Woche
110	22 500—23 500 Mk.	23 600 Mk.
111	23 500—25 000 "	25 100 "
112	25 000—26 500 "	26 600 "
113	26 500—28 000 "	28 100 "
114	28 000—29 500 "	29 600 "
115	29 500—31 000 "	31 100 "
116	31 000—32 500 "	32 600 "
117	32 500—34 000 "	34 100 "
118	34 000—35 500 "	35 600 "
119	35 500—37 000 "	37 100 "
120	37 000—38 500 "	38 600 "
121	38 500—40 500 "	40 600 "
122	40 500—42 500 "	42 600 "
123	42 500—44 500 "	44 600 "
124	44 500—46 500 "	46 600 "
125	46 500—48 500 "	48 600 "
126	48 500—50 500 "	50 600 "
127	50 500—52 500 "	52 600 "
128	52 500—54 500 "	54 600 "
129	54 500—56 500 "	56 600 "
130	56 500—58 500 "	58 600 "

Zu diesen Beitragsfähen kommt in allen Klassen noch der am Ort jeweils übliche Lokalzuschlag.

2. **Vom 5. August ab wird für die Dauer der Unterstützung** in den einzelnen Beitragsklassen die Zahl der Unterstützungstage wie folgt angelegt:

In Beitragsklassen	Für Arbeitslosenunterstützung	
bis	76	je 40 Tage in einer Stufe
77	80	50
81	88	60
89	94	80
95	98	100
99	102	120
103 usw.		140

In Beitragsklassen	Für Krankenunterstützung	
bis	76	je 40 Tage in einer Stufe
77	80	40
81	88	50
89	94	60
95	98	70
99	102	80
103 usw.		100

3. **Für die Invaliden tritt vom 1. August ab eine Erhöhung der Unterstützungsfähigkeit ein.** Es sind dafür von der 111. Beitragsklasse an aufwärts je 600 Mk. in den veröffentlichten Beitragsfähen eingerechnet und beträgt demnach die Unterstützung in der ersten Staffel 60 000 Mk., in der zweiten Staffel 75 000 Mk. und in der dritten Staffel 90 000 Mk. pro Monat.

Die zurzeit im Bezug von Invalidenunterstützung stehenden Mitglieder erhalten vom 1. August ab anstatt 20 000 Mk. nunmehr 60 000 Mk., anstatt 25 000 Mk. nunmehr 75 000 Mk. und anstatt 30 000 Mk. nunmehr 90 000 Mk.

4. **Umzugs- und Hinterbliebenenunterstützung** wird vom 1. August ab nur den Mitgliedern gewährt, die in der 89. oder in einer höheren Beitragsklasse steuern. Für den Bezug dieser Unterstützung kommen nur solche Beiträge in Anrechnung, die vor dem 1. Januar 1923 in der damaligen 4., 5., 6. oder 7. Beitragsklasse und nachdem in einer dafür in Betracht kommenden höheren Klasse geleistet sind.

5. **Anstellung in Hamburg.** Durch das Ausscheiden des Kollegen Hein ist die Anstellung eines neuen Beamten für den Gau Hansa notwendig geworden. Da auf die in Nummer 25 der „Buchbinder-Zeitung“ erfolgte Ausschreibung nur ganz wenig Bewerbungen eingegangen sind, wiederholen wir auf Antrag des Gauvorstandes hiermit die Ausschreibung.

Die Aufgabe des neuen Angestellten wird in der Hauptsache darin bestehen, daß er den Gauleiter bei der Leitung der Lohnbewegungen und bei der Agitation im Gau und allgemein in der Führung der Geschäfte in der Zahlstelle Hamburg-Altona unterstützt, er muß aber auch mit allen anderen Arbeiten in der Organisation vertraut sein, um Auskünfte geben und bei Bedarf helfend eingreifen zu können.

Wegen alles Näheren verweisen wir auf unsere erste Ausschreibung in Nummer 25 der „Buchbinder-Zeitung“.

Neue Bewerbungen mit Lebenslauf bitten wir in je drei Exemplaren spätestens bis zum 11. August an uns einzufenden. (Adresse: Berlin C. 2, Breite Straße 8/9.)

Die auf die erste Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen bleiben in Geltung.

6. **Anstellung in Leipzig.** Durch das Ausscheiden des Kollegen Thathelm ist die Anstellung eines neuen Beamten in Leipzig notwendig geworden.

Die Ausschreibung ist bereits in der vorigen Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ erfolgt. Wir weisen heute noch einmal auf diese Ausschreibung hin und bemerken dazu noch, daß dem neuen Angestellten zwar in der Hauptsache die Leitung der Cuius-, Kartonnagen- und Luxuspapierbranche zugebach ist, daß derselbe im übrigen aber auch mit den Verhältnissen in der Buchbinderbranche und insbesondere mit Reichsaffortarif für Buchbindereien vollständig vertraut sein muß, um in Abwesenheit des ersten Bevollmächtigten in allen tariflichen Fragen zuverlässige Auskunft geben zu können.

Alles Nähere bitten wir aus unserer Bekanntmachung in Nummer 31 der „Buchbinder-Zeitung“ zu entnehmen.

Bewerbungen sind in drei Exemplaren spätestens bis zum 11. August an uns einzufenden. (Adresse: Berlin C. 2, Breite Str. 8/9.)

7. **Jahresbericht 1922.** Der Jahresbericht für 1922 ist erschienen und allen Gau- und Ortsverwaltungen in angemessener Anzahl zugesandt. Sollte die Sendung irgendwo nicht angekommen sein, bitten wir um entsprechende Nachricht.

Einige Nachbestellungen bitten wir bis zum 18. August an uns gelangen zu lassen. Dieselben können aber nur berücksichtigt werden, soweit der Vorrat reicht.

8. **Der Manteltarif zum Reichstafel für die Buchdruckerbuchbinder,** der mit dem Deutschen Buchdruckerverein abgeschlossen wurde und vom 1. Juli ab Geltung hat, ist im Druck erschienen und allen Gau- und Ortsverwaltungen in einem oder einigen Exemplaren zugesandt.

Weitere Exemplare sind von uns zu beziehen. Preis pro Stück 15 Pf., multipliziert mit der jeweils im Buchhandel geltenden Schlüsselzahl. Porto extra. Versand an Einzelmitglieder nur gegen Voreinsendung des Betrages.

9. **Die Lokalbeiträge** sind in nachstehend aufgeführten Zahlstellen neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt:

Bernburg, Braunschweig, Coburg, Crimmitschau, Guben, Jericho, Kaufbeuren, Reheim a. N., Plauen und Schmölln, S.-A.

Die zur Erhebung kommenden Beiträge werden von den Ortsverwaltungen in geeigneter Weise bekanntgegeben.

10. **Berichtsarten zur Arbeitslosenstatistik** stehen noch von einer Reihe der Zahlstellen aus. Wir ersuchen dringend um umgehende Absendung der Berichtsarten. Die Portoerhöhung von 400 Mk. bitten wir zu beachten.

Der Verbandsvorstand.

Unsere letzten Lohnverhandlungen.

Wie schon so oft, erhalten wir auch in diesen Tagen wieder Zuschriften aus einer Reihe von Zahlstellen, in denen man bittere Klagen darüber führt, daß der Tarifausschuss auch diesmal wieder mit völlig unzureichenden Löhnen in allen Branchen einen Abschluß getätigt habe.

Wir wundern uns durchaus nicht, das sei vorweg gesagt, wenn unsere Mitglieder ihre Unzufriedenheit über die unzureichenden Lohnabschlüsse zum Ausdruck bringen. Angefichts der rasenden Geldentwertung und der damit geradezu ins Unermessliche gestiegenen Kosten für die Lebenshaltung können ganz natürlicherweise unsere Lohnabschlüsse unmöglich irgendwelche Befriedigung auslösen. Dessen sind wir uns völlig bewußt. Man fragt uns nun sehr häufig, warum wir denn solche Lohnabschlüsse, wenn wir sie selbst als unzureichend anerkennen, dennoch treffen. Diese Frage zu beantworten wäre uns ein leichtes. Wenn wir dennoch an dieser Stelle auf alle die Ursachen und Motive, die uns in solchen Fällen leiten, nicht näher eingehen, so hat dies seine wohlverwogenen Gründe und wir geben uns der Hoffnung hin, daß unsere Mitglieder im Lande, die mit den Aufgaben und dem Wesen der gewerkschaftlichen Organisation vertraut sind, auch ohne daß wir auf die Dinge näher eingehen, unsere Motive zu erkennen vermögen.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, und wir können es hier ganz deutlich aussprechen, daß es von einem zum anderen Male schwerer und schwerer wird, die Löhne der in der papierverarbeitenden Industrie tätigen Arbeiterschaft den wahnwitzig steigenden Preisen der Lebenshaltungskosten anzupassen. Diese Schwierigkeiten zeigen sich ja auch nicht nur bei uns, sondern in fast allen Berufsgruppen der deutschen Arbeiterschaft. Die Löhne halten einfach nicht mehr Schritt mit dem Sinken der Mark und dem steigenden Dollarkurs. Aus der Erkenntnis dieser Tatsache resultiert ja auch das Verlangen nach Schaffung von wertbeständigen Löhnen. Auch in unseren vorletzten und letzten Lohnverhandlungen ist diese Frage Gegenstand lebhafter Erörterung gewesen.

Zu einem Ergebnis haben diese Verhandlungen noch nicht geführt. Der Tarifausschuss unseres Verbandes steht übrigens auf dem Standpunkt, daß eine bloße Erhöhung der jetzigen Löhne nach der vom Reich zusammengestellten Indeziffer auch noch keineswegs einen wertbeständigen Lohn ergibt. Denn worauf es dabei ankommt, ist unseres Erachtens doch zunächst

einmal die Frage: „Wie soll der Grundlohn sein, auf dem der Indeziffer entsprechend aufgebaut wird. Dann erscheint uns aber auch die neue Reichsindeziffer noch so zweifelhaft, daß man sich schwer dafür begeistern kann, diese als Gradmesser für die weiteren Steigerungen zu benutzen.“

Die Vertreter der vertragsstehenden Verbände im Api-Vertrag, diejenigen des Zentralverbandes Deutscher Kartonnagenfabrikanten, die der Etuisfabrikanten, diejenigen der Lüten- und Beutelindustrie sowie auch die der Wellpappenindustrie und insbesondere die vom VDB, erklärten uns übereinstimmend, unsere weitergehenden Forderungen ablehnen zu müssen, weil sie einfach nicht in der Lage seien, die von uns geforderten Löhne bewilligen zu können.

Die fabelhaft gestiegenen Materialpreise, verbunden mit der unzureichenden Beschäftigung, der Mangel an Betriebskapital, der Hinweis auf die Löhne im Buchdruckgewerbe und vieles andere wurden immer wieder unseren Vertretern entgegengehalten als etwas, das es einfach unmöglich mache, höhere Löhne zu bewilligen. Der Hinweis unserer Vertreter auf die Preissteigerungen der letzten Tage, auf die in vielen Berufen sehr wesentlich höheren Löhne und die steigende Verelendung der in der papierverarbeitenden Industrie tätigen Arbeiterschaft vermochte leider die Arbeitgebervertreter nicht umzustimmen. Man könne eben nicht mehr mit, war die stereotypische Antwort. Und so kam es letzten Endes nach langen mühevollen Verhandlungen zu den Lohnabschlüssen, die wir in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht haben.

Ausdrücklich erwähnen wollen wir dabei noch, daß auch die Frage der zweimaligen Lohnzahlung (Diensttag und Freitag) in ausgiebigem Maße erörtert wurde. Ueber den Vorteil einer solchen Maßnahme bestehen allerdings selbst in den Kreisen unserer Mitglieder Meinungsverschiedenheiten. Da aber offenbar die Mehrheit unserer Kollegenschaft in der zweimaligen Lohnzahlung einen Vorteil sieht, wurde durch unsere Vertreter die Forderung mit Nachdruck vertreten. Mit Ausnahme der Arbeitgebervertreter vom VDB, wurde von allen Unternehmerorganisationen zum Ausdruck gebracht, daß man den Arbeitgebern im Lande empfehlen wolle, überall da, wo unsere Mitglieder mit solchem Verlangen an die Arbeitgeber herantreten, die Lohnzahlung Dienstags und Freitags vorzunehmen. Der VDB, bildet, wie schon erwähnt, wieder einmal eine unfruchtliche Ausnahme.

Ein besonderes Kapitel bildeten diesmal überhaupt die Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Buchbinderereibesitzer. In den Verhandlungen vom 10. Juli hatten die Vertreter vom VDB, unter Hinweis auf die Schwierigkeiten der Kalkulation, wie sie sich ohne Zweifel in dieser Berufsgruppe zeigen, von uns verlangt, wir möchten mit ihnen ein Lohnabkommen abschließen, welches eine Woche länger läuft als mit den übrigen Berufsgruppen. Aus dem voreerst erwähnten Grunde und aus anderen, die wir hier nicht näher darlegen können, erklärten sich unsere Vertreter dazu bereit, für die Woche vom 19. bis zum 25. Juli einen Lohnsatz festzusetzen, sofern die Arbeitgebervertreter geneigt wären, durch schriftliches Uebereinkommen diese Lohnwoche gegebenenfalls den Löhnen der übrigen Berufsgruppen, wie sie für die gleiche Zeit an späteren Terminen festgelegt wurden, anzugleichen. Es wurde daraufhin folgendes Abkommen getroffen:

„Die unterzeichneten Verbände erklären sich einverstanden, einen Ausgleich der Löhne für die Woche vom 26. Juli bis 1. August vorzunehmen, falls die Löhne des VDB, in der Woche vom 19. bis 25. Juli von dem Lohn verwandter Betriebe (z. B. Api) abweichen sollten.“

Gestützt auf diese Vereinbarung glaubten nunmehr unsere Vertreter, den Lohnabschluß bis zum 25. Juli vornehmen zu können, unter Festlegung eines Stundenlohnes von 15 500 Mk.

Da nun infolge der allgemeinen Preissteigerung mit den Api-Verbänden in diesen Tagen für die fragliche Woche in der Klasse II ein Abschluß von 18 500 Mk. in der Spitze abgeschlossen wurde, forderten unsere Vertreter von den VDB-Vertretern entweder das Lohnabkommen vom 19. bis 25. Juli um 3720 Mk. zu erhöhen oder aber diese fehlenden 3720 Mk. in der nächsten Lohnwoche zu dem noch zu vereinbarenden Lohn, der sich in der gleichen Höhe wie im Api-Vertrag bewegen müsse, hinzuzuschlagen.

Die VDB-Vertreter erklärten hierzu, daß sie bedauerten, seinerzeit überhaupt eine Lohnvereinbarung für die Woche vom 19. bis 25. Juli mit der oben erwähnten Ausgleichungsklausel getroffen zu haben. Diese Ausgleichungsklausel sei irrtümlicherweise nicht abgedruckt und dadurch nicht zur Kenntnis ihrer Mitglieder gekommen. Man habe deswegen unter Bezugnahme auf den Lohn von 15 000 Mk. in Klasse 2 keine Kalkulation gemacht. Sie müßten zwar zugeben, daß angesichts dieser Sondervereinbarung der Lohn von 15 000 Mk. nicht gehalten werden könne, doch könnten sie andererseits die nunmehr so groß gewordene Differenz unmöglich in irgendeiner Weise wieder nachholen. In den Nachmittagsstunden des zweiten Verhandlungstages erklärte man sich endlich dazu bereit, das gegebene Versprechen einzulösen, und zwar dergestalt, daß die Lohn Differenz zwischen dem Api-Vertrag und dem VDB-Vertrag zur Hälfte in der Lohnwoche vom 27. Juli bis 1. August zur Auszahlung kommen solle, während die andere Hälfte eine Woche später neben dem noch neu zu vereinbarenden Lohn ausbezahlt werden muß.

Der unter dem 10. Juli getroffene Lohnabschluß mit dem VDB, zeigt aber auch wiederum mit aller Deutlichkeit, daß es für unsere Vertreter ganz unmöglich ist, Lohnvereinbarungen mit den einzelnen Berufsgruppen zu treffen, die im Termin vor einander abzuweihen.

Aus all dem Vorstehenden dürften unsere Mitglieder erkennen, in welcher geradezu fürchterlichen Lage sich unser Tarifausschuß in der gegenwärtigen Lage befindet, wo er durch die Verhältnisse gezwungen ist, in so kurzen Zwischenräumen sechs zentrale Lohnabschlüsse zu tätigen. Unter den graphischen Berufen befindet sich, das muß bei sachlicher Prüfung von jedermann zugegeben werden, unsere Organisation in der allerhöchsten Lage, und nur unter Anspannung aller Nervenkräfte ist es bisher unseren Vertretern möglich gewesen, einigermaßen die Dinge zu meistern.

Wir rechnen damit, daß der einsichtiger Teil unserer Kollegenschaft im Lande diese fürchterliche Situation, in der sich unser Beruf befindet, zu erkennen vermag und daher auch das genügende Verständnis dafür aufbringt, wenn einmal der Tarifausschuß unseres Verbandes Lohnabschlüsse akzeptiert, die für den Fernstehenden manchmal schwerlich erklärlich erscheinen.

Neue Lohnverhandlungen finden statt am 1. August mit dem Verband Deutscher Buchbinderereibesitzer, am 4. August mit dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten, am 5. August vornehmlich mit dem Reichsverband der Etuisindustrie, am 6. August mit dem Api und am 7. August mit den Wellpappenfabrikanten und denjenigen der Lüten- und Beutelindustrie.

Außerdem sollen gelegentlich der jetzigen Tagung mit dem Api, die noch offenstehenden Ostloosenverhandlungen für die Pfalz, das rechts- und linksrheinische Gebiet sowie Westfalen geführt werden. W.

Unhaltbare Lohnabkommen.

Das hinausschnellen des Dollars auf mehr als die doppelte Höhe des Standes, den er an den letzten Tagen unserer Lohnabschlüsse zeigte, hat eine weitere katastrophale Teuerungswelle, eine wahnsinnige Preissteigerung auf allen Gebieten zur Folge gehabt und die Unhaltbarkeit der letzten Lohnabkommen in erschreckender Weise offenbart. Der Verbandsvorstand hat sich daher sofort an alle Arbeitgebervereinigungen bzw. unsere Tarifkontrahenten mit einem dringenden Schreiben gewandt, auf das Unhaltbare der letzten Lohnabkommen hingewiesen und ersucht, angesichts der ganzen Teuerungsvhältnisse für die nächste Lohnzahlung eine vorläufige vorstufweise Lohnerhöhung von 50 Proz. auszuzahlen.

Eine Antwort ist von den Unternehmern bisher noch nicht darauf eingegangen.

Etuisarbeiterlöhne.

In Ergänzung des in der letzten Nummer veröffentlichten Lohnabkommens für die Kartonnagenindustrie teilen wir der Kollegenschaft mit, daß dieselben Löhne auch für die Etuis- und Feinkartonnagenindustrie abgeschlossen worden sind und somit für die gesamte Etuis- wie Kartonnagenindustrie gelten.

Katastrophenpolitik.

Die Verhältnisse auf politischem und insbesondere wirtschaftlichem Gebiet haben sich in der letzten Zeit so katastrophal und gefahrdrohend entwickelt, daß selbst bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein die Meinung vertreten ist, daß wir auf einem Vulkan sitzen und vor einer neuen Revolution von ungeheurer Größe stehen. Tatsächlich hat man mit einem geradezu freudhaften Leichtsinne dieser Situation vorgegarrt. Als am 15. November v. J. das Kabinett Birck zurücktrat und die Sozialdemokratie damit aus der Regierung restlos ausschied, stand der Dollar auf 7000. Seit dieser Zeit haben wir eine rein bürgerliche Regierung zum zweitenmal in der Republik. Endete schon die erste bürgerliche Regierung mit einem Fiasko, so schließt die zweite mit einer Katastrophe von nie geahnter Größe ab. In den acht Monaten der Regierung Cuno ist der Dollar von 7000 auf 14 Millionen gestiegen. Während aber der Dollar um das 18fache in dieser kurzen Zeit stieg, sind beispielsweise unsere Api-Spizellöhne nur um das 14fache gestiegen. Die Not der Arbeiterschaft hat sich überall bis zur Unerträglichkeit gesteigert, während auf der anderen Seite den Kapitalisten ungeheure Gewinne zufließen.

In der entgegenkommendsten Weise hat die Regierung Cuno der Großindustrie Milliarden zu Unterstützungszwecken zugewandt, welche letztere teilweise in gewissenloser Weise das Geld benutzte, um sich mit Devisen einzudecken und so die Inflation, die Entwertung der deutschen Mark, zu fördern. Während monatelang aus dem großen Staatsfidel, richtiger aus den Steuergroschen der Arbeiter die Rubrikation finanziell stützte, denkt man erst jetzt, nahe vor dem Zusammenbruch der Regierung, daran, die Finanzierung auf die kapitalträchtigeren Schultern abzuwälzen. Es soll zugegeben werden, daß die Regierung einer schwierigen Situation, einem verbissenen Gegner, gegenüberstand, der schon lange auf eine passende Gelegenheit wartete, das Ruhrgebiet zu besetzen. Ebenso richtig ist aber auch, daß die Regierung Cuno nur widerwillig und mit unzulänglichen Mitteln Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts nachsuchte, manche günstige Gelegenheit zu einer Verhandlung verpasste, dagegen sehr viel beitrug, durch Förderung des chauvinistischen aktiven Widerstandes die Situation zu verschärfen.

Natürlich ließ man auch innerpolitisch die Zügel schlaffen. Die reaktionäre Meute witterte Morgenluft und traf mit Hilfe oder wohlwollender Neutralität der Regierung umfassende Maßnahmen zur Stärkung der reaktionären Tendenzen. Eine kleine Clique unverantwortlicher Volksvertreter im Reichstag ist infolge dessen in ständiger Erpressermanier diese Regierung sich ihrem Willen dienstbar zu machen und sie zum Schweigen zu bringen. Mächtiger denn je erhebt der Faschismus in Deutschland sein Haupt und droht zum letzten entscheidenden Schlage auszuholen.

Diese Gefahr ist um so größer, weil immer größere Massen an der Haltung der Partei irre werden und sich von ihr zu wenden drohen. Denn in entscheidenden Fragen hat die Partei vielfach nicht bloß in den letzten Monaten, sondern in den letzten Jahren verfehlt. Die Arbeiterschaft ist in den fünf Jahren der Republik langsam, aber ununterbrochen zurückgedrängt worden. Es muß offen ausgesprochen werden: Die Zerrissenheit in der Arbeiterschaft ist nicht zum wenigsten auf die schwankende Haltung, auf das Verlagen der Partei zurückzuführen. Hätte eine der rechtsstehenden Parteien wie wir 173 Parlamentsvertreter und Organisationen von 10 Millionen Mitgliedern hinter sich, wir würden deren Macht anders zu fühlen bekommen. Es scheint aber, als ob eine erhebliche Ueberschätzung der parlamentarischen Macht die Vertreter der Arbeiterschaft dazu führt, sich nur auf diese ihre eigene Kraft zu verlassen. Man vergißt immer mehr, sich der Macht der Millionenheere zu bedienen, die hinter ihnen stehen. Man hat vergessen, mit welchem Erfolge man sich der Massen beispielsweise bei dem Erzberger- und Rathenau-Nord bedient hat. Ist es zuviel verlangt, wenn man gegen die grenzenlose Verelendung der Arbeiterschaft, gegen den Lebensmittelmangel u. a. ähnliche Aktionen erwartet hätte? Für die Passivität der Partei hat der VDB wiederholt, muß er mit den Gewerkschaften auch jetzt wieder zum großen Teil die Prügel einstecken. Vor diesen Tatsachen den Kopf in den Sand stecken, hieße Vogel-Strauß-Politik treiben, und man würde der Arbeiterschaft und nicht zuletzt der Partei

selbst — nur einen Bärndienst damit erweisen. Die Verbitterung der Arbeiterschaft ist grenzenlos. Ebenso fest ist aber noch ihr Wille, die Partei energisch zu unterstützen, wenn sie zielbewußter und schärfer die Interessen der Arbeiterschaft vertritt.

Vergessen wir nicht, daß an den gegenwärtigen standalösen Zuständen nur ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz profitiert und interessiert ist, die übergroße Masse dagegen als leidtragender Teil mit geballter Faust dem gegenübersteht und bereit ist, die schärfsten Maßnahmen gegen dieses Volkverbrechen mit seiner ganzen Macht zu bedenken. Es müssen allerdings tief einschneidende Maßnahmen sein, die durchzuführen sind; mit Palliativmitteln läßt sich nichts mehr erreichen. Sorgen wir dafür, daß die Arbeiterschaft sich des Erstes der gegenwärtigen Lage bewußt wird, nicht resigniert die Hände in den Schoß legt, sondern tatkräftig an einer entscheidenden Umgestaltung der Verhältnisse mitarbeitet, um so bald als möglich aus der beängstigenden Atmosphäre und den unerträglichen Zuständen herauszukommen.

Indexziffern und Löhne.

Die Unzulänglichkeit unserer Löhne, die jeder so stark an sich selbst verspürt, kommt zahlenmäßig bei einem Vergleich mit den Indexzahlen immer mehr zum Ausdruck. So waren nach den letzten Ergebnissen der amtlichen Feststellung des Statistischen Reichsamts am 24. Juli Lebensmittel um das 72 000fache der Friedenspreise gestiegen. Getreide sogar um das 134 000fache. Für alle Waren im Durchschnitt betrug die Steigerung das 79 000fache. Nach den Feststellungen des „Berliner Tageblatts“ waren die Großhandelspreise für 115 Artikel in derselben Woche sogar um das 89 000fache gestiegen.

Dagegen betragen unsere tariflichen Löhne in dieser Woche nur das 24 000- bis 30 000fache, da sie überall unter 20 000 Mk. standen. Selbst wenn wir nur die unzulängliche Reichsindexziffer für die Lebenshaltung in Vergleich zu den Löhnen stellen, die nur eine fast 40 000fache Steigerung der Lebenshaltung für die genannte Zeit feststellt, so hätten wir in dieser Woche Stambenelöhne von 25 000 Mk. haben müssen. Seit dieser kurzen Zeit ist aber der Dollar schon wieder auf das Dreifache gestiegen, die Löhne aber noch lange nicht auf das Doppelte.

Reichsverband und Api-Löhne.

Der Reichsverband für Buchbindereien, welcher bei den letzten Api-Lohnverhandlungen nicht anwesend war, hat nachträglich mitgeteilt, daß er das Lohnabkommen ebenfalls anerkennt.

Lohnabkommen mit dem VDB.

Mit dem VDB ist am 25. Juli in Weimar ein Lohnabkommen abgeschlossen worden, nach dem für die Woche vom 26. Juli bis 1. August in der I. bis IV. Orisklasse für Gehilfen 22 000, 21 810, 20 450, 19 800, 18 950 bzw. 18 030 Mk. Spitzelöhne zu zahlen sind. Außerdem wird noch eine sogenannte Ausgleichszulage gezahlt, welche in den vorerwähnten Orisklassen in der Spitze 1920, 1860, 1790, 1730, 1650 bzw. 1580 Mk. pro Stunde beträgt.

Für Arbeiterinnen betragen die Spitzelöhne in der Orisklasse I bis VI 13 750, 13 320, 12 780, 12 380, 11 840 bzw. 11 270 Mk. pro Stunde; und die Ausgleichszulagen 1200, 1160, 1120, 1060, 1030 bzw. 980 Mk.

Die Ausgleichszulagen sollen, vorbehaltlich weiterer Lohnerhöhungen, auch für die folgende Woche vom 2. bis 8. August noch gezahlt werden. Neue Verhandlungen sind bereits für den 1. August wieder angelehrt worden.

Der prozentuale Zuschlag zu den Grundlöhnen des Reichsakkordtarifs beträgt für die Zeit vom 26. Juli bis 1. August 532 350 Proz. Die Spezialarbeiterzulage beträgt 4 Proz.

Zum Api-Lohnabkommen.

Zu dem in letzter Nummer veröffentlichten Lohnabkommen vom 22. Juli machen wir die Kollegenschaft darauf aufmerksam, daß die Spezialarbeiterzulage nicht 4 Proz. beträgt, sondern die im Hauptvertrage festgelegten 20fachen Beträge der früheren Zulage gelten. Diese sind:

Orisklasse	I u. II	III u. VI	V u. VI
für Männer	20 Mk.	17 Mk.	15 Mk.
für Frauen	10 Mk.	9 Mk.	8 Mk.

Die 4proz. Spezialarbeiterzulage gilt nur für das Lohnabkommen mit dem VDB.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Am April hatte der Reichsarbeitsminister bekanntgegeben, daß die bisherige allgemeine Dauer von 26 Wochen für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung über diese Zeitdauer erhöht werden könnte, wenn eine besonders ungünstige Geschäftslage in einem Beruf oder Ort eine solche Verlängerung rechtfertigt. Unser Verbandsvorstand hat daraufhin durch den VDB. an das Reichsarbeitsministerium den Antrag gestellt, auch für das Buchbindereigewerbe, für die Etuis- und Kartonnageindustrie sowie für die papierverarbeitende Industrie die Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung über die Dauer von 26 Wochen allgemein zuzulassen, weil wir nachweislich besonders stark unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

Wie wir durch den VDB. erst jetzt davon unterrichtet werden, hat der Reichsarbeitsminister dem Antrag stattgegeben und durch Schreiben Nr. X, 5534/23, den obersten Landesbehörden für Erwerbslosenunterstützung u. a. mitgeteilt, daß er damit einverstanden sei, daß die Buchbinder und Angehörigen berufswandter Gewerbe den Buchdruckern und Schriftsetzern hinsichtlich der Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung gleichgestellt werden, für die neben einigen anderen Berufen schon seit längerer Zeit die Bezugsdauer erhöht worden ist.

Gewollte Arbeitslosennot.

Seit Monaten sind nach den statistischen Feststellungen der Reichsarbeitsverwaltung rund 1/4 der gesamten deutschen Arbeiterschaft von gänzlicher oder teilweiser Arbeitslosigkeit betroffen. Trotzdem also die Unternehmer Hunderttausende gar nicht voll beschäftigten können, verjucht man fortgesetzt eine notwendige Erhöhung der Arbeitszeit bzw. die Beseitigung des Achtstundentages nachzuweisen. Tatsächlich liegt es vielfach nur an dem Willen und Interesse der Unternehmer, die Arbeiter nicht voll zu beschäftigen.

Neuerdings scheint man sich mit dem Gedanken weiterer Betriebseinsparungen größeren Stils zu beschäftigen. Und zwar einzig aus dem Grunde, um die gehamferten Devisen nicht preisgeben zu brauchen. Man schlußt genügend Gewinne, wenn man keinen Devisenschlag ruhig im Geldschrank liegen läßt. Das dem Großkapital nahestehende und darum gut orientierte „Berliner Tageblatt“ schreibt nämlich unter dem 27. Juli, gelegentlich einer Kritik über die katastrophale Geldentwertung und die Devisenspekulation, wie folgt:

„Das Schlimmste an der jetzigen Lage ist, daß aber diesmal sogar die ungeheure Geld- und Betriebsmittelknappheit die Devisenbesitzer nicht zu veranlassen scheint, sich durch Realisierung eines Teils ihrer Devisenvertriebsmittel zu verschaffen, wie dies bei früheren Bewegungen ähnlicher Art stets bis zu einem gewissen Grade der Fall gewesen war. Aus Bankkreisen wird uns erklärt, daß sie von ihrer Kundschaft zwar in höchst dringender Weise um Kredite angegangen werden, daß aber von einer Bereitwilligkeit, die finanzielle Entlastung durch Veräußerung von Devisen selbst herbeizuführen, kaum etwas zu spüren ist. Viele Betriebe scheinen, statt sich zu einem Verkauf von Devisen zu entschließen, gewillt zu sein, ihre Betriebe einzuschränken oder stillzulegen. Die außerordentliche Gefährlichkeit einer solchen Situation und Mentalität liegt auf der Hand.“

Es wäre dringend notwendig, solchen verbrecherischen Manipulationen mit der größten Schärfe auf den Leib zu rücken, um das grenzenlose Elend nicht noch mehr zu vergrößern. Doch scheint es fast, als ob man bewußt und mit Gewalt alles auf die Spitze treiben will.

Entgegnung.

In Nr. 29 der „Buchbinder-Zeitung“ wird ein Artikel „Genossenschaft und Revolution“ veröffentlicht, in dem Charles Gide, der Verfasser, sich über die wirtschaftlichen Auswirkungen der sozialen Revolution verbreitet. Er kommt darin zu dem Schluß, daß die Arbeiterschaft sich zu Produktiv-Genossenschaften zusammenschließen soll, um bei der vollzogenen Umwälzung den Fortbestand des Wirtschaftslebens nicht in Frage zu stellen.

In Anbetracht der einschneidenden Verhältnisse, die das Wirtschaftsleben gerade in Deutschland erfahren hat, und der daraus sich ergebenden ökonomischen Folgerungen ist es naheliegend, sich mit den Gedankengängen und Schlußfolgerungen auseinanderzusetzen, da dieselben sich zum Teil mit den theoretischen Ausführungen über den Sozialismus eines Marx und Engels im Widerspruch befinden.

Lacht uns annehmen, sagt Charles Gide, die soziale Revolution ist morgen gemacht, und die Revolution ist Siegerin. Die Bourgeoisie als Klasse ist abgeschafft und das Privateigentum beseitigt. Ihr

ruht in den Betten der Bourgeoisie und goldene Träume verflüchten euren Schlaf. Wo, fragen wir, huldigt man noch der Auffassung, daß die bevorstehende soziale Umwälzung lediglich nur eine Verschiebung der Klassenverhältnisse bedeutet? Oder mit anderen Worten, die Arbeiterschaft ist klar darüber, daß am Tage der sozialen Revolution hauptsächlich die Produktionsbedingungen eine grundlegende Veränderung erfahren. Die weiteren Ausführungen, wie ungeheuer schwierig es ist, den ganzen ökonomischen Apparat in Funktion zu setzen, Produktion, Zirkulation und Verteilung zu regeln, und daß bei einem Versagen dieser Funktionen ein Rückschlag eintreten muß, wäre nur insofern richtig, als man annehmen müßte, daß sich das Proletariat der Illusion hingibt, als sei nur der bloße Wille für eine Veränderung entscheidend und nicht gewisse neue ökonomische Bedingungen. Der weitere Hinweis darauf, die kapitalistischen Eigentümer, Unternehmer, Händler usw. aus den Reihen des Proletariats zu erzeugen und die damit verbundene Schwierigkeit ist nicht zutreffend. Denn doch im neuen Staate diese Männer, also die früheren kapitalistischen Unternehmer usw. nicht außerhalb der Gesellschaft stehen, ist selbstverständlich. Charles Gide bezweifelt, daß Angehörige des Proletariats sich in der wirtschaftlichen Führung behaupten könnten. Er mißt auch der Fabrikation nur sekundäre Bedeutung zu, während die kommerzielle Seite des Unternehmens weit wichtiger ist, und folgert daraus, daß sie entscheidend ist für Erfolg oder Ruin. Sein erster Zweifel ist hinsichtlich der schon angeführte Tatsache, daß in der neuen Gesellschaft dieselbe Funktion von denselben Männern ausgeführt wird. Sein weiterer Zweifel wird uns durch Engels widerlegt, der uns sagt, daß die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel nicht nur die bestehende künstliche Hemmung der Produktion beseitigt, sondern auch die positive Vergeudung und Verheerung von Produktivkräften und Produkten, die gegenwärtig die unvermeidliche Begleiterin der Produktion ist und ihren Höhepunkt in den Krisen erreicht.

Die fernereren Darlegungen, die Charles Gide über die Industriekapitäne und -generäle macht, stehen eigentlich im Widerspruch zur materialistischen Auffassung. Er schreibt ihnen eine Bedeutung zu, die bei der stattfindenden Umwälzung illusorisch wird. Seinen Schlußbemerkungen über den Zusammenschluß in Produktivgenossenschaften kann auch nur teilweise zugestimmt werden. Daß dieser Vorschlag die kommenden Ereignisse unterführt, ist zweifellos richtig, daß diese Produktivgenossenschaften aber von grundlegender Bedeutung bei der Lösung der sozialen Frage sind, kann bezweifelt werden. Otto Lorley.

Anmerkung der Red.

Ohne uns mit den einzelnen Ausführungen des Kollegen L. näher zu beschäftigen, möchten wir doch sagen, daß er mit seiner Polemik offenbar daneben trifft. Er übersieht, daß die Quintessenz in den Ausführungen Gides nur in der eindringlichen Mahnung an die Arbeiterschaft liegt, sich praktisch mit allen Zweigen des Wirtschaftslebens inniger vertraut zu machen. Um Übung und Erfahrungen in der Verwaltung des Kapitals, der Handelspraxis usw. zu erlangen, sollen sie sich in Konsum-, Kredit- und Produktionsgenossenschaften mehr betätigen. Wie sehr es an diesen Kenntnissen und Erfahrungen noch mangelt, zeigen uns doch schon die Erfahrungen mit den Betriebsräten.

Auch eine Gewerkschaftspropaganda.

Die „Rote Fahne“ bringt einen Aufruf der Roten Gewerkschaftsinternationale an ihre unorganisierten Genossinnen und Genossen, in dem es eingangs heißt:

„Ihr, die Ihr außerhalb der Gewerkschaften steht, und Ihr, die Ihr aus verschiedenen Gründen die Arbeiterorganisationen verlassen habt, denkt daran, daß Ihr Euch ins eigene Fleisch schneidet. Ihr leistet Euren schärfsten Feinden Vorschub. Darum, Ihr Unorganisierte, hinein in die Gewerkschaften! Ihr Ausgetretene, zurück in die Gewerkschaften! Bereinigt dort Eure Wünsche, Euren Willen, Eure Energie mit dem Willen all derer, die in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten, um sie von allem, was morbide und rostig ist, zu säubern.“

Unorganisierte! Laßt Euch nicht dadurch verwirren, daß in vielen Ländern an der Spitze der Gewerkschaften noch Reformisten stehen, also Leute, die nach immer an den guten Willen der herrschenden Klasse glauben. Von den Mitgliedern hängt das Weiterbestehen dieser Führer an den leitenden Posten letzten Endes ab. Die Mitglieder können verräterische Führer fortjagen, wenn sie nur konsequent und zäh wollen.“

In den letzten fünf Jahren haben ja die Mitglieder verschiedener Gewerkschaften und Zahlstellen ihre alten „verräterischen Führer“ beseitigt und wackelnde Genossinnenkreise an ihre Stelle gesetzt. Die meisten von ihnen sind aber im Laufe ihrer Tätigkeit wieder zu den „verräterischen Reformisten“ übergegangen oder haben schmachlich verjagt. Sie mußten

eben alle erfahren, daß an der Macht der harten Tarifverträge das radikalste Programm nichts zu ändern vermag und auch kommunistische Gewerkschaftsführer „nur mit Wasser kochen können“. Erst neulich wiesen wir an dieser Stelle auf das klassische Beispiel aus dem Berliner Schuhmacherverband hin. Und auch unser eigener Verband ist ja sogar nicht arm an solchen Beispielen. Wir sind immer noch der Meinung, daß die Erfolge unserer „reformistischen Gewerkschaften“ sich vor den Erfolgen der „revolutionären russischen Gewerkschaften“ durchaus nicht zu verdecken brauchen; selbst wenn wir die immer größer werdende Unzulänglichkeit unserer Löhne rückhaltlos zugeben müssen.

Berichte.

Leipzig. In der am 8. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte der Kollege Heise über die mit dem „A.P.“, „Deutschen Buchdruckerverein“ und dem „V.D.“ geführten Manteltariff-, Lohn- und Affordatariaverhandlungen. Unter anderem führte er aus, daß es nur durch den energischen Widerstand des Tarifausschusses möglich war, eine Verschlechterung des Manteltariffs abzuwehren und denselben, außer einigen wenigen Änderungen, auf ein weiteres Jahr zu verlängern. Aus den Ausführungen lang heraus, daß die Unternehmer sich ihrer „Machtstellung“ bewußt seien und jeden Verbesserungsantrag mit einer Handbewegung beiseite schieben. Kollege Heise wies darauf hin, daß sich auch die Buchbinderarbeiterschaft ihrer Macht und Stärke bewußt sein sollte und im gegebenen Falle dem reaktionären Unternehmertum die richtige Antwort erteile.

Ein Geringes stand man den Spezialarbeitern zu Ankauf des mit dem A.P. vereinbarten Achsen Betrages der bisherigen Spezialarbeiterzulagen sollen in Zukunft bei dem V.D. 4 Proz. auf den Lohn gezahlt werden. Die ganze Verhandlung des Manteltariffs hat keine Errungenschaften, auch keine weiteren Verschlechterungen gebracht. In bezug des Afordtariiffs konnte noch kein endgültiger Abschluß getätigt werden.

Gleichzeitig wurde der Bericht über Lohnverhandlungen mit dem V.D. entgegengenommen, welche zu einem wichtigen Lohnabkommen führten. Auch hier traten so recht die Hungerlöhne der Buchbinderarbeiterschaft in Erscheinung. Die Forderung des Tarifausschusses von 100 Proz. wurde seitens der Arbeitgeber als unsinnig bezeichnet. Prozentweise mußten den Unternehmern die bestehenden Löhne abgerungen werden. Kollege Heise erklärte, daß es in Zukunft wohl kaum möglich sein werde, mit dem V.D. weitere Lohnabschlüsse abzuschließen.

In der Ansprache bemängelte Kollege Böhm die Abschluß des Manteltariffs sowie Lohnabkommens und erklärte, daß dieses Abkommen den Charakter der Arbeiterchaft bedeute. Gleichzeitig forderte er alle Anwesenden auf, in Zukunft durch Geschlossenheit ihre Macht den Unternehmern gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Kollege Böhm fragt an, ob bei den Verhandlungen die Frage der wertbeständigen Löhne nicht erwähnt worden sei. Er wird vom Kollegen Heise dahin belehrt, daß der Tarifausschuß geschlossen auf Seite des V.D. stehe, daß es nicht Aufgabe einer einzelnen Organisation sein könne, Sonderbestimmungen zu treffen.

Kollege Petri bezeichnet die Ausführungen des Kollegen Heise als optimistisch wohlwollend im Sinne der Unternehmer. Ferner kritisierte er die Verhandlungsweise des Tarifausschusses in bezug der Ueberfrundenfrage im Manteltariff und betont, daß der Tarifausschuß kein Recht habe, republikanische Gesetze zu durchbrechen und entgegenstehende Bestimmungen zu schaffen. Er fordert die Betriebsräte jetzt schon auf, kommenden Herbst jede Ueberfrunde zu verwerfen.

Im Schlußwort weist Kollege Heise die Anwürfe Petris zurück. In persönlicher Vertretung stellt Petri fest, daß er nicht Heise, sondern den Tarifausschuß gemeint habe.

Kollege Hoffner berichtet noch über die Lehrlingsentlohnung, und getragen zurzeit die Höhe im 1. Jahr 22 440 M., 2. Jahr 26 930 M., 3. Jahr 31 420 M., und im 4. Jahr 35 910 M.

Kollege Walther gibt noch die neuen Beitragssätze bekannt und fordert die Kollegenschaft auf, daß jeder seinem Verdienst entsprechend den Beitrag entrichtet, um sich vor Schäden zu bewahren.

Hannover. In unserer am 16. Juli stattgefundenen Generalversammlung gab Kollege Kornacker den Geschäftsbericht für das 2. Quartal. In der Mitgliederbewegung war ein Rückgang von 130 Mitgliedern zu verzeichnen, der auf den schlechten Geschäftsgang zurückzuführen ist. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des 2. Quartals 775 männliche und 1888 weibliche Mitglieder. Der Kassensbericht wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Sodann berichtete Kornacker über die verflochtenen Lohn- und Manteltariffverhandlungen. Mit höchster Eutrickung wurde es von der Kollegenschaft aufgenommen,

als Kornacker berichtete, daß in der Ferien- und Feiertagsregelung keine Verbesserung erzielt und daß die Verbesserung Hannover in die 1. Ortsklasse abgelehnt worden sei. Eine sehr erregte Aussprache folgte diesem Bericht. In den schärfsten Worten gielten eine ganze Anzahl Redner das rücksichtige Verhalten der Unternehmer, die die Buchbinderarbeiterschaft Hannovers nicht so bewegte, wie sie es aneignets der Bedeutung Hannovers als Buchgewerbe- und Geschäftsbuchstadt verlangen könne, die auch vollständig außer acht lasse, daß Hannover heute eine der teueren Städte Deutschlands sei. Dieses Verhalten der Unternehmer werde sich die Arbeiterschaft wohl merken und zu geeigneter Zeit die rechte Antwort darauf geben. Die letzten Lohnabschlüsse wurden als durchaus ungenügend bezeichnet und vom Verbandsvorstand und Tarifausschuß Maßnahmen gefordert, um möglichst bald zu wertbeständigen Löhnen zu kommen. Dies sei die einzige Möglichkeit, um der vollständigen Vereitelung der Kollegenschaft vorzubeugen. Von der Kollegenschaft werde gefordert, mit aller Energie für die Organisation tätig zu sein, alles Organisationsfähige zu erfassen, damit wir am Abrechnungstage stark genug seien, den Kampf mit Erfolg zu führen.

Beitragserhöhungen.

Der Verband der Buchdrucker hat vom 29. Juli ab den Beitrag auf 20 000 M. pro Woche erhöht.

Der Verband der Steinbruder und Lithographen erhebt vom gleichen Tage für die beiden Berufsgruppen einen einheitlichen Wochenbeitrag von 24 000 M.

Der Baugewerksbund verlangt einen doppelten Wochenbeitrag zur Stärkung des Kampfgebens.

Der christliche graphische Zentralverband legt für seine sieben Beitragssklassen die Beiträge auf 18 000 bis herunter zu 3 500 M. fest.

Abgesagte Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen.

Auf Vorschlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes sollte während der Tagung der im November 1919 gegründeten Frauenorganisation, die sich „Internationaler Arbeiterinnenbund“ nennt, im August d. J. in Schloß Schönbrunn bei Wien* eine Tagung von Vertretern der gewerkschaftlichen Landeszentralen stattfinden, um Vorarbeit zu leisten für den im nächsten Jahre stattfindenden Internationalen Gewerkschaftskongreß, der über das Verhältnis des I.A.B. zu der genannten Frauenorganisation endgültig entscheiden soll. Bekanntlich hatte der Gewerkschaftskongreß von Rom eine Angliederung des I.A.B. an den Arbeiterinnenbund nahezu einstimmig abgelehnt.

Auf die Einladung des I.A.B. zur Teilnahme an der Konferenz sind nur wenige Zusagen erfolgt. Verschiedene Landeszentralen haben teils aus Erwägungen grundsätzlicher Art, teils aus finanziellen Gründen die Teilnahme abgelehnt. Deutschland hatte ursprünglich der Beteiligung zugestimmt, ist nach nochmaliger Prüfung aber zu dem Entschluß gekommen, ebenfalls die Beteiligung abzulehnen.

Das Bureau des I.A.B. hat den Landeszentralen nimmer vorgeschlagen, die Konferenz bis zu dem im Jahre 1924 in Wien stattfindenden Internationalen Gewerkschaftskongreß zu verlagern.

Ortskrankenkasse der Buchbinder zu Berlin.

Bekanntmachung.

Durch Verfügung des Reichsarbeitsministers gelten mit Zustimmung des Oberversicherungsamts vom 30. Juli bis 12. August 1923 nachstehende Grundlöhne und Beitragsätze:

Lohnstufe A (alle ohne Entgelt beschäftigten Lehrlinge).			
Lohnstufe	Tagelohn in M.	bis einschl. Grundlohn	täg. Beitr. 450 M.
I.	12 000	12 000	675
II.	14 000	14 000	1 050
III.	16 000	16 000	1 225
IV.	18 000	18 000	1 500
V.	20 000	20 000	1 675
VI.	22 000	22 000	1 850
VII.	24 000	24 000	2 025
VIII.	26 000	26 000	2 200
IX.	28 000	28 000	2 375
X.	30 000	30 000	2 550
XI.	32 000	32 000	2 725
XII.	34 000	34 000	2 900

Das Krankengeld beträgt die Hälfte, das Sterbegeld das 30%, resp. 40fache des Grundlohnes. Die erhöhten Leistungen der Stufen 1—9 treten mit dem 27. August 1923 in Kraft, die der Stufen X, XI und XII mit dem 10. September 1923.

Der Vorstand.

H. Gottesmann, Vorsitzender.
Fr. Reefe, Schriftführer

*) Zuerst war Wien hierfür in Aussicht genommen. Wegen der dortigen Unsicherheit hat man sich dann für Schönbrunn entschieden.

Postgebühren ab 1. August 1923.

Vom 1. August ab kosten:
Postkarten im Ortsverkehr 200, im Fernverkehr 400 M.
Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 400, über 20 bis 100 Gramm 600, über 100 bis 250 Gramm 1000, über 250 bis 500 Gramm 1200 M.; im Fernverkehr bis 20 Gramm 1000, über 20 bis 100 Gramm 1200, über 100 bis 250 Gramm 1500, über 250 bis 500 Gramm 1800 M.
Druckfaden bis 25 Gramm 200, über 25 bis 50 Gramm 400, über 50 bis 100 Gramm 600, über 100 bis 250 Gramm 1000, über 250 bis 500 Gramm 1200, über 500 Gramm bis ein Kilogramm 1500, über 1 bis 2 Kilogramm, nur einzeln verpackt, ungeteilte Druckfäden, 1800 M.
Geschäftspapiere bis 250 Gramm 1000, über 250 bis 500 Gramm 1200, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1500 M.
Nachsendungen bis 250 Gramm 1000, über 250 bis 500 Gramm 1200, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1500 M.
Päckchen bis 1 Kilogramm 2000 M.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 31. Juli bei der Verbandskasse ein von:

Bremen 1 670 000 M., Kiel 450 000 M., Fernburg 50 000 M., Rathenow 1 850 000 M., Hildesheim 49 812 M., Witten 143 254 M., Hagen i. W. 290 582 M., Lüdenscheid 51 047 M., Obfias 200 000 M., Stoblen 515 620 M., Bieren 399 550 M., Gau Herten und Wals 790 000 M., Eberstadt 785 890 M., Frankfurt a. M. Offenbach 10 757 558 M., Gießen-Weimar 374 170 M., Reusdorf a. H. — M., Wiesbaden 1 070 000 M., Langensiefsa 150 000 M., Wühlhausen 360 000 M., Rudolstadt 39 000 M., Schmalkalden 86 068 M., Schmalk. 149 000 M., Dresden 20 000 000 M., Freiberg i. Sa. 85 000 M., Glauchau 320 000 M., Großenhain — M., Weihen 430 000 M., Rerchau 1 050 000 M.

H. Reuber.

Sterbetafel.

Im Monat Juli sind folgende Mitglieder als gestorben gemeldet worden:
Annaberg-Buchholz, Martin Roscher, Kartonnagenarbeiter, 21 Jahre, Lungentzündung.
Hofersleben, Elisabeth Freb, Papierwarenarbeiterin, 16 Jahre, Operation.
— Frieda Warth, Papierwarenarbeiterin, 20 Jahre, Lungenschwindsucht.
Barmen-Eberfeld, Alma Overlies, Papierwarenarbeiterin, 31 Jahre, Gehirnentzündung.
— Ella Weigert, Papierwarenarbeiterin, Freitag.
Gau Rheinfeld-Wesselen, Elsb Rinke, Kartonnagenarbeiterin, 18 Jahre, Lungentuberkulose.
Berlin, Oswald Müller, Buchbinder, 47 Jahre, Magenkrebs.
— August Holzer, Buchbinder, 74 Jahre, Nierenverfallung.
— Georg Reik, Lederarbeiter, 60 Jahre, Nierenverfallung.
— Marie Kurdewan, Papierarbeitenarbeiterin, 57 Jahre, Lungentuberkulose.
— Ernst Kahle, Buchbinder, 22 Jahre, ertrunken.
— Paul Harting, Buchbinder, 28 Jahre, Herzschlag.
— Rudolf Holznecht, Buchbinder, 32 Jahre, ertrunken.
— Otto Grundke, Kartonnageter, 40 Jahre, Lungentuberkulose.
— Constanin Janiszewski, Buchbinder, 68 Jahre, Herzschlag.
— Johanna Red, Buchbinderarbeitersin, 27 Jahre, Blutvergiftung.
Grimmischau, Elia Lehmann, Freitag.
Dresden, Dora Bösch, Papierwarenarbeiterin, 15 Jahre, Blutvergiftung.
— Ernst Wagner, Buchbinder, 59 Jahre, Gehirnentzündung.
— Elise Fittel, Papierwarenarbeiterin, 17 Jahre, Tuberkulose.
Frankfurt a. d. O. Wilh. Najafke, Buchbinder, 32 Jahre alt, Lungentuberkulose.
Grimma, Frau Sophie Hempel, Kartonnagenarbeiterin, 73 Jahre, Lungentuberkulose.
Hamburg, Heinrich Schreiber, Buchbinder, 63 Jahre, Herzschlag.
Hannover, Richard Richter, Linierer, 27 Jahre, Lungentuberkulose.
Gau Hannover, Wilhelm Mönch, Papierwarenarbeiter, 66 Jahre.
Kassel, Heinrich Aler, Buchbinder, 19 Jahre, ertrunken (Unfall).
Heilme, Otto Lippert, Buchbinder, 18 Jahre, Lungentuberkulose.
Sonneberg, Ernst Wackerl, Buchbinder, Lungentuberkulose.
Stuttgart, Wilhelm Weiffer, Buchbinder, 45 Jahre, Darmleiden.
— Beria Wepphal, Kartonnagenarbeiterin, 24 Jahre, Lungentuberkulose.
Würzburg, Valentin Baumgärtner, Buchbinder, 52 Jahre, Gehirnentzündung.
Wien ein ehrendes Andenken!